

Stadtforum Berlin
12. November 2018
Auditorium Friedrichstraße

Rückblick

**Stadt
Umland!**

**Gemeinsam
wachsen**

Stadt Umland!

Rückblick

„Berlin ist keine Insel und Brandenburg hat kein Loch in der Mitte“ – so formulierte Katrin Lompscher, Berlins Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, die enge Verknüpfung von Berlin und Brandenburg und verdeutlichte damit die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit beider Länder. Im Alltag vieler Menschen aus der Hauptstadtregion spielt die Landesgrenze ohnehin kaum eine Rolle. Immer mehr Bewohnerinnen und Bewohner pendeln zum Wohnen, Arbeiten, Einkaufen oder in der Freizeit zwischen Berlin und Brandenburg.

Auch das anhaltende Wachstum Berlins macht an der Landesgrenze nicht halt. Das bringt zahlreiche Chancen und Herausforderungen mit sich, über die Katrin Lompscher am 12. November 2018 mit ihrer Potsdamer Amtskollegin Kathrin Schneider, mehr als 300 interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Expertinnen und Experten beim Stadtforum diskutierte.

Narrative Regionalentwicklung in NRW

Wie die Zusammenarbeit von Großstädten mit ihren Umlandgemeinden organisiert werden kann, zeigte zum Auftakt Michael von der Mühlen, ehemaliger Staatssekretär im *Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr* des Landes Nordrhein-Westfalen. Er skizzierte verschiedene informelle Instrumente, die in NRW die Landes- und Regionalplanung unterstützen und dazu beitragen, „einen Ausgleich zwischen



„Ein qualitatives Leben ist eben nur dann möglich, wenn die notwendige Infrastruktur stimmt.“ *Michael von der Mühlen*

Rückblick

wachsenden und sich leerenden Räumen hinzubekommen.“ Gleichzeitig ermöglichen sie „eine bessere Abstimmung von Kommunen, die bisher nur auf ihr Stadtgebiet geschaut haben.“

Dazu hatte NRW 2016 einen Wettbewerb namens *StadtUmland.NRW – Zukunftskonzepte für Großstädte und ihre Nachbarkommunen* ausgelobt: Großstädte konnten sich mit ihrem Umland bewerben, das Land finanzierte den Planungsprozess, in dem konkrete Projekte erstellt wurden. „Ziel war es, ein Leitbild, eine Erzählung – wir haben es ‚narrative Regionalentwicklung‘ genannt – zu entwickeln, das über die einzelne Kommune hinausgeht und von der Gemeinschaft aus Kommunen entwickelt wurde.“

Auch Köln hatte sich mit seinen rechtsrheinischen Nachbarn im Rahmen des Wettbewerbs beworben.



Das Leitbild dort war, die Nutzung des Freiraums und der landwirtschaftlichen Flächen als verbindendes Element. Damit knüpfte Köln an ein weiteres informelles Instrument an, das in NRW seit 2000 erfolgreich eingesetzt wird: die *Regionale*, eine Strukturentwicklungsmaßnahme. Diese findet alle zwei oder drei Jahre in einer anderen Region statt. 2010 war dies Köln/Bonn mit Umland. Auch bei *Regionalen* geht es darum, dass sich Kommunen freiwillig als Kooperationsverbund zusammensetzen und sich ein Thema geben, „das deutlich macht, wie es die Region produktiv entwickelt“, so Michael von der Mühlen.

„Berlin ist keine Insel und Brandenburg hat kein Loch in der Mitte.“ *Katrin Lompscher*



Rückblick

Die Landesregierung NRW vergibt bei diesem Format Fördermittel in Millionenhöhe, um Projektträgern vor Ort die Umsetzung konkreter Projekte zu ermöglichen.

Michael von der Mühlen ermunterte dazu, die Lebenswirklichkeit, den Lebensraum der Menschen als Ausgangspunkt zu wählen, „vor Ort Konzepte zu entwickeln, diese mit den Nachbarstädten zu diskutieren und die Bewohner von Anfang an einzubinden.“ Entscheidend für den Erfolg seien konkrete „Schlüsselprojekte und ein übergeordnetes regionales Narrativ“.

Wachstum der Großstadtregion als Chance

Nach diesem Blick über den Tellerrand diskutierten Senatorin Katrin Lompscher, Kathrin Schneider, Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg und Maren

Kern, Vorstand des *Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU)*, mit der Moderatorin Dr. Cordelia Polinna über das aktuelle Wachstum der Großstadtregion als Chance. Gerade das Thema Mobilität erwies sich dabei als wichtige Stellschraube. Auch zahlreiche Bürgerinnen und Bürger trieb das Thema um.

Zunächst erinnerte Katrin Lompscher aber an den Beginn der institutionalisierten *Gemeinsamen Landesplanung (GL)*, die 1996 als bundesweit einzige Zweiländerbehörde eingerichtet wurde und für die Raumordnung und Landesplanung von Berlin und Brandenburg zuständig ist. Seither gibt es eine abgestimmte integrierte Landes- und Regionalplanung.

Ergänzend sind kommunale Kooperationsstrukturen entstanden, die Verflechtungen wurden

„Gemeinsamer Wille sei es, trotz des Wachstumsdrucks den Siedlungsstern zu erhalten.“ *Kathrin Schneider*

Rückblick

enger, die Verkehrswege ausgebaut und die Pendlerzahlen sind gestiegen – auch in Folge einer anhaltenden Wirtschaftsdynamik, die nicht nur Berlin, sondern auch viele Umlandgemeinden erfasst hat.

Aus Brandenburger Sicht bestätigte Kathrin Schneider diese Analyse und sprach von „Wachstumsschmerzen in der Region“. Sie nannte Berlin „die Lokomotive, die es immer sein sollte und sein wollte.“ Brandenburg spüre den „Druck an allen Stellen, gerade auf den Wohnungsmärkten“. Gemeinsamer Wille sei es, trotz des Drucks den so genannten „Siedlungsstern“ zu erhalten, an dem sich die Gemeinsame Landesplanung seit den 1990ern orientiere. Das Wachstum der Region erfolge entlang der historischen Verkehrsachsen dieses Siedlungssterns: „Wenn wir aufgrund des Wachstums Flächen benötigen, dann gehen wir entlang der Achsen in die Tiefe“,

erklärte Schneider und sprach von einem „Sprung in die zweite Reihe“. Damit werden Landesentwicklung, Stadtentwicklung und Mobilität verbunden.

Maren Kern, deren Verband Wohnungsunternehmen mit 1,1 Millionen Wohnungen in Berlin und Brandenburg vertritt, ergänzte, dass sich die Wohnungsmärkte im Berliner Umland unterschiedlich entwickeln. Neben starkem Wachstum sehe man in anderen Orten auch leichte – und mit zunehmender Entfernung auch starke – Schrumpfung infolge anhaltenden Bevölkerungsrückgangs. „Statt von einem Speckgürtel müssen wir eigentlich von einem Speckwürfel-Gürtel sprechen“, so Kern. „Wir müssen das Wachstum besser verteilen.“ Sie forderte, den ÖPNV attraktiver zu gestalten und mehr P&R-Angebote „auch für E-Autos und Fahrräder“ zu schaffen, um die Pendlerströme besser zu lenken.

„Wir müssen das Wachstum besser verteilen.“ *Maren Kern*

Rückblick

Die Mobilität in Berlin-Brandenburg war auch den Bürgerinnen und Bürgern im Stadtforum ein wichtiges Anliegen: die Pendlerzüge seien voll und eine „Verkehrswende“ nötig. Konkret wurde beispielsweise von einem Teilnehmer ein gemeinsames Verkehrskonzept beider Länder angeregt.

Dieser Kritik widersprach Ministerin Kathrin Schneider. Auch wenn es zwei eigenständige Landesverkehrskonzepte gebe, „hindert uns das ja nicht daran, eng zusammen zu arbeiten.“ Brandenburg habe beispielsweise gerade einen eigenen Landesnahverkehrsplan aufgestellt, der einschließlich etlicher S-Bahn-Verlängerungen von Berlin für 10 Millionen Zugkilometer zusätzlich sorgen soll, „das ist fast ein Drittel mehr als die bisherige Leistung“, so Kathrin Schneider, „das alles passiert in Abstimmung mit Berlin“.

Sie verwies auch auf den 1996 gegründeten VBB, ein Verkehrsverbund für zwei Länder, Sachsen habe dagegen fünf Verbünde.



Ein anderer Bürger sprach den Konflikt zwischen anhaltender Bebauung und Ökologie an, zwischen dem Bedürfnis der Menschen nach Ruhe und Erholung einerseits und zunehmendem Stress durch Dichte andererseits. Katrin Lompscher nannte hier den gemeinsamen Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg, der aktuell neu erstellt wird, als Chance zum Ausgleich von Ökologie und den

„Der gemeinsame Landesentwicklungsplan ist eine Chance zum Ausgleich von Ökologie und den Erfordernissen einer wachsenden Großstadtregion.“ Kathrin Schneider

Rückblick

Erfordernissen einer wachsenden Großstadtregion. Gerade die Fokussierung auf die Siedlungsentwicklung entlang der Achsen würde die Zwischenräume schützen, in denen die Regionalparks bis ins Stadtgebiet Berlins hinein führen. Um Pendlerströme und damit Umweltbelastung und Lärm durch erzwungene Mobilität möglichst gering zu halten, seien zudem funktionierende Städte mit einem möglichst umfassenden Angebot an Wohnraum, Arbeitsplätzen und sozialer Infrastruktur wichtig.

Neuer Landesentwicklungsplan in Abstimmung

Die Senatorin und die Ministerin hatten den neuen *Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR)* schon kurz angesprochen. Jan Drews, Abteilungsleiter der zuständigen Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg, erklärte im Anschluss den

aktuellen Stand: Der neue LEP HR solle im nächsten Sommer in beiden Ländern als Verordnung festgesetzt werden. Dort werden auch zwei neue Achsen in den Siedlungsstern eingezeichnet sein, so Drews, eine Richtung Wandlitz nach Norden und eine Richtung Werneuchen nach Nordosten.

Innerhalb des (ergänzten) Siedlungssterns werden im LEP HR Bereiche markiert, in denen stärkere Neubautätigkeiten durch die jeweiligen Kommunen denkbar sind. „Orte, die mit dem Regionalexpress innerhalb von 45 Minuten von Berlin aus erreichbar sind. Das ist eine in die Zukunft gerichtete Strategie der sogenannte ‚Sprung in die zweite Reihe‘.“ Für den gesamten Siedlungsstern hat die Behörde überschlägig errechnet, wie viel Wohnraum geschaffen werden könnte. „Wir kommen auf ein Potential von 515.000 möglichen Wohneinheiten“, so Drews.

„Wir kommen auf ein Potential von 515.000 möglichen Wohneinheiten für den gesamten Siedlungsstern.“ *Jan Drews*

Rückblick

„Für Brandenburg ist dies ein wichtiger Aspekt. An den entsprechenden Stellen setzen wir Impulse für die Landesentwicklung.“

und zwei Kommentare inhaltlich eingeführt und die Diskussion von einem Moderator bzw. einer Moderatorin geleitet.



Forum #1 Wohnen: Durch Orte zum Leben die Stadt- region weiterentwickeln

Ähnlich wie in der Hauptstadtregion arbeiten auch in Baden-Württemberg verschiedene Gebietskörperschaften auf Ebene der Landesplanung zusammen. Im *Verband Region Stuttgart* sind neben Stuttgart auch die umliegenden Landkreise mit insgesamt 179 Städten und Gemeinden organisiert. In seinem Impulsvortrag beschrieb Dr.-Ing. Christoph Hemberger, Referent für Regional- und Bauleitplanung beim Verband, die Notwendigkeit für eine abgestimmte Wohnungspolitik: Um ihre wirtschaftliche Stärke halten zu können, benötigt die Region in den kommenden Jahren Zuwanderung von 220.000

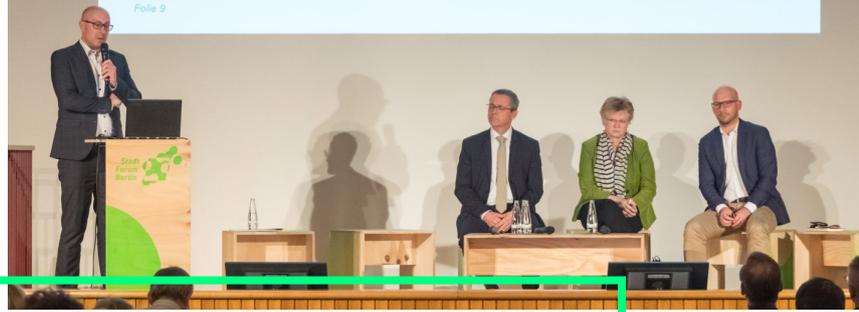
3 Themen – 3 Foren Wie können wir die Zukunft der Großstadtregion gestalten?

Nach den Vorträgen und Diskussionen zu übergeordneten Themen teilten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in drei Foren auf, um über speziellere Fragestellungen vertieft zu diskutieren. Dabei ging es um die Themen Wohnen, Mobilität und Freiraum. Jedes Thema wurde durch ein Input von außerhalb



- » Zielaussagen zum Freiraumschutz: Regionaler Grünzug, Grünzäsuren, Vorranggebiete
- » Keine Bebauung sensibler Bereiche

Folie 9



Rückblick

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern samt Familien. Diese brauchen Wohnungen möglichst in der Nähe zu den Arbeitsplätzen und zum ÖPNV.

Mit einem Regionalplan wird die Siedlungsentwicklung der 179 Kommunen entsprechend gesteuert: Um Autoverkehr zu vermeiden, dürfen die Gemeinden mehr Flächen ausweisen, wo der ÖPNV leistungsfähiger ist. Zudem gilt der Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Ziel ist es, „Flächenfraß zu stoppen und die Ortskerne zu stärken“.

Als „wichtigstes regionales Steuerungsinstrument“ im Hinblick auf Wohnbaulandausweisungen bezeichnete Hemberger verbindliche Dichtevorgaben: Je nach zentralörtlicher Bedeutung werde eine Bebauungsdichte gefordert, die nicht unterschritten werden dürfe.

Nach Hembergers Kurzvortrag verwies Beate Profé auf die verschiedenen Ausgangsbedingungen der Region Stuttgart und der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. Die Leiterin der Abteilung für Stadtplanung in der *Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen* nannte einerseits die fehlende Landesgrenze in der Region Stuttgart und die seit Jahrzehnten etablierte überörtliche Kooperation.

Die Erfahrungen im *Verband Region Stuttgart* seien aber eine „Anregung für das Kommunale Nachbarschaftsforum, wie wir die Zusammenarbeit intensivieren können“. Das ist ein Ziel, das auch Andreas Igel, Bürgermeister von Ludwigsfelde, verfolgt, dessen Stadt Mitglied des *Kommunalen Nachbarschaftsforum* ist, einem informellen Zusammenschluss der Berliner Bezirke und Berliner Umlandgemeinden

„Ziel ist es, Flächenfraß zu stoppen und die Ortskerne zu stärken.“ *Dr.-Ing. Christoph Hemberger*

Rückblick

zum länderübergreifenden Dialog und Meinungsaustausch.

Mit dem Publikum diskutierte das Forum die Frage, wie sich die Umlandgemeinden entwickeln sollen. Mehrere Teilnehmerinnen und Teilnehmer äußerten ökologische oder ganz grundsätzliche Bedenken am Wachstum. „Die Brandenburger Gemeinden sollten nicht als Räume zur Bewältigung des Siedlungsdrucks in Berlin verstanden werden“, sagte ein Bürger. Seine Gemeinde habe sich bewusst entschieden, den „ländlichen und grünen Charakter zu bewahren“, man wolle keinen „Geschosswohnungsbau wie in Berlin“.

Andreas Igel antwortete mit Erfahrungen aus Ludwigsfelde: „Wir Umlandbürgermeister müssen unseren Bürgern immer wieder erklären: Wenn ihr das eine oder andere wollt, dann müssen wir mehr werden.“

Wenn wir besseren ÖPNV wollen, brauchen wir dafür eine kritische Masse.“

Ähnlich beschrieb Christoph Hemberger die Herausforderungen in der Region Stuttgart. „Früher wollten die Kommunalpolitiker, dass ihre Gemeinden wachsen. Dafür hatten wir als Regionalplaner ein gutes Bremspedal, jetzt suchen wir verzweifelt nach dem Gaspedal,“ um zu mehr Baulandaktivierung zu kommen. In vielen Städte und Gemeinden herrsche „das Gefühl vor, es sei doch genug.“





Rückblick

Wir sind eine saturierte, alternde Gesellschaft ohne große Veränderungsneigung“, so Hemberger. Er kritisierte „Kirchturmdenken“, das aus Sicht einer Kommune verständlich sei, aber die Entwicklung der gesamten Region blockiere. Die Regionalplanung müsse Gemeinden davon überzeugen, Bauland auszuweisen.

Einig war sich die Runde, dass gerade das Thema Wohnbau-landaktivierung schwierig sei, vor allem wenn es um sozialen Wohnungsbau und die ergänzende soziale Infrastruktur geht. „Es gibt natürlich rationale Argumente, wenn eine Gemeinde sagt: Nein, die Hartz-Empfänger aus Stuttgart wollen wir bei uns nicht“, so Christoph Hemberger. Ähnliche Erfahrungen haben auch die Expertinnen und Experten aus Berlin-Brandenburg gemacht. Dem entgegnete eine anwesende Bauamtsleiterin aus einer Umlandgemeinde:

„Wir bekommen Wohnungsdruck aus Berlin zu spüren und sind bereit, Flächen auszuweisen und Geschosswohnungsbau zuzulassen.“ Jetzt müsse man aber wegen der Neubewohner „eigentlich eine Schule bauen“, könne das aber nicht, weil es keine Fördermittel gebe.

Forum #2 Mobilität: Durch Mobilität die Stadtregion nachhaltig verbinden

Den kurzen Impulsvortrag zum Thema Mobilität hielt Prof. Dr. Axel Prieb, Raumforscher an der *Universität Wien*. Angesichts des Wachstums von Berlin-Brandenburg sieht Prieb im Siedlungsstern das Grundgerüst für die weitere Siedlungsentwicklung. Je weiter die Urbanisierung entlang der Achsen nach Außen fortschreite, desto wichtiger werden in Zukunft Querverbindungen. Mit dem Wachstum der Umlandgemeinden entstehen dort auch neue Zentralitäten:

„Zunächst mal die bestehenden Netze verlässlicher und funktionsfähiger machen!“

Jürgen Roß

Rückblick

Arbeitsplätze, zusätzliche soziale Infrastruktur und andere Einrichtungen. Daraus erwachsen „neue Pendlerverflechtungen“, die „Verkehrsströme werden unscharf“. Nicht alle Menschen werden beispielsweise von ihrer Wohnung in Bernau zur Arbeit nach Berlin-Mitte rein pendeln, sondern vielleicht „quer“ nach Strausberg.

In seinem Kommentar auf Prieb's Vortrag, sagte Burkhard Horn, früherer Leiter der Verkehrsabteilung bei der *Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt*, dass mit Potsdam und künftig auch mit dem Flughafen BER zwei große Knotenpunkte besonders betrachtet werden müssen. Mit dem erwartbaren Aufschwung der Flughafenregion werde auch die Bedeutung des bereits vorhandene Berliner Außenrings zunehmen, der vom Regionalverkehr auf Teilstrecken schon gut genutzt wird, aber immer

noch einen „Schatz mit Entwicklungspotential“ darstellt und perspektivisch den inneren S-Bahnring ergänzen werde.

Auch Jürgen Roß, Bereichsleiter Planung und Fahrgastinformation beim VBB, warnte vor dem Bau zu vieler neuer Strecken. „Das Wachstum, das wir momentan erleben wird irgendwann auch wieder vorbei sein.“ Er sprach sich dafür aus, „zunächst mal die bestehenden Netze verlässlicher und funktionsfähiger zu machen.“ So sei es besser, alle Strecken zu elektrifizieren und einige Bahnsteige zu verlängern, damit dort sechs statt nur fünf Wagen halten können, „als viel Geld in komplett neue Strecken zu stecken“. Kontrovers ging es auch bei der anschließenden Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern zu. Viele Fragen und kritische Anmerkungen gab es zur Anbindung des Berliner Umlands. Beklagt wurden nicht

„Es wäre cleverer, wenn Menschen am Bahnhof wohnen, als wenn sie mit dem Auto dort hinfahren müssen.“

Burkhard Horn

Rückblick

funktionierende Anschlüsse, zu geringe Takte der Bahnen oder fehlende Kapazitäten zur Fahrradmitnahme. Als Vertreter des VBB stimmte Jürgen Roß zu, dass „in manchen Korridoren“ die Taktung und die Anschlussverbindungen nicht ausreichen, es sei „aber schon vieles besser geworden“. Er verwies auf zahlreiche große Infrastrukturprojekte, zusätzliche Züge und neue Angebote. So werde die Ostbahn von Lichtenberg über Strausberg und Müncheberg mit dem Fahrplanwechsel im 20-Minuten-Takt fahren.

Thema waren auch Park & Ride-Angebote: Ein Bürger regte an, für Umlandbewohner, die bisher mit dem Auto einpendeln, größere P&R-Plätze an S-Bahnstationen wie Jungfernheide anzubieten. Burkhard Horn gab zu bedenken: „Je weiter ich das Angebot in die Stadt hineinhole, desto weniger sind Autofahrer

bereit, noch mal für die letzten paar Kilometer umzusteigen.“ Solche Plätze müssten also raus in die Peripherie. In Dallgow-Döberitz gebe es einen großen Parkplatz am Bahnhof, „dahinter stehen Supermärkte und irgendwo dahinter wohnen Menschen“. Nach Horns Meinung wäre es „cleverer“, wenn Menschen am Bahnhof wohnen, als wenn sie mit dem Auto dort hinfahren müssen. Den Forderungen nach besse-



rer Radverkehrsinfrastruktur schloss sich Axel Prieb in seinem Schlusswort an: „Aus meiner Sicht ist das Thema



Rückblick

Fahrradverkehr ein Zukunftsthema. Im Ruhrgebiet wird der 100km lange Radruhschnellweg gebaut, im dortigen Regionalplan ist ein regionales Radwegenetz vorgesehen. Das halte ich für richtig. Auch für die Region Berlin hat das Fahrrad, zumal das E-Bike, viel Potential, die Straßen zu entlasten.“

Forum #3 Freiraum: Durch Freiraum mehr Lebensqualität in der Stadtregion schaffen

Was suggeriert der Begriff Freiraum? Diese Frage stellte Dr.-Ing. Gabriela Bloem vom *Regionalverband FrankfurtRheinMain* am Anfang ihres Inputs. Der Begriff impliziere Idylle, allerdings funktionieren Freiräume nicht nur als Erholungsräume, als Tourismusdestinationen und Orte der Biodiversität. Sie sind ebenfalls Produktions- und Wirtschaftsorte. Neben der Land-, Forst-,

Wasser- und Energiewirtschaft befinden sich dort auch Mobilitätsadern wie Autobahnen, Bahntrassen und internationale Flughäfen sowie Entsorgungsanlagen wie Kläranlagen und Abfallentsorgungszentren. Aus der Erfahrung der regionalen Kooperation in der polyzentrischen Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main weiß Bloem, dass insbesondere bei der Aufnahme unliebsamer Anlagen kleinere Gemeinden häufig von größeren Städten dominiert werden. „Es muss Misstrauen überwunden werden und Augenhöhe hergestellt werden, damit überhaupt ein gemeinsames Konzept erstellt werden kann“, so Gabriela Bloem. Arbeiten auf Augenhöhe – das war auch die Botschaft von Torsten Jeran vom *Barnimer Feldmark e.V.* Der Verein fördert seit über 20 Jahren die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

„Es muss Misstrauen überwunden werden und Augenhöhe hergestellt werden.“ *Dr.-Ing. Gabriela Bloem*

Rückblick

in der Barnimer Feldmark. Ziel sei es, sozial verträgliche und ökologische Strukturen im ländlichen Raum zu verwirklichen. Insbesondere um Landschaft erfahrbar zu machen, müssten faire Kooperationen zwischen unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren angestoßen und über Verträge gesichert werden.

Dabei sollten breite Gruppen miteinbezogen werden: von Landwirtinnen und Landwirten, über Kommunen, Privatpersonen bis zu Vereinen, Kunst- und Kulturschaffende sowie Initiativen u.a. Auf die Frage aus dem Publikum wie Anreize für ökologische Landwirtschaft gegeben werden könnten, wies Jeran auf eine Kooperation in Brandenburg zur Einführung von biologischem und regionalem Essen in Kindergärten und Schulen hin.

Auch Katrin Stary von der *Berliner Stadtgüter GmbH* stellte die ökologische Funk-

tion des Freiraums heraus. Im Management der Berliner Stadtgutflächen im Land Brandenburg seien daher Freiflächensanierung, Siedlungsbegrenzung, Erhalt und Entwicklung der Landwirtschaft sowie des ländlichen Raums zentral. So sei es wichtig, Freiräume für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, für regenerative Energieerzeugung, aber auch für bestimmte infrastrukturelle Maßnahmen bereit zu stellen.

Insgesamt waren sich im Forum alle einig darüber, dass aufgrund steigender Flächenkonkurrenzen





Rückblick

die „Grünkeile“ des Landes Brandenburg umso mehr ein zu schützendes und zu förderndes Gut seien. Um Freiräume vor Zersiedelung zu schützen und sie gleichzeitig als (Nah-)Erholungsorte attraktiv zu gestalten, brauche es breite Kooperationen heterogener Akteursgruppen. Gleichzeitig ist die langfristige Sicherung von Projekten insbesondere die finanzielle Unterhaltung von bestehenden Projekten wichtig. Und es lohnt sich immer ein Blick über den Tellerrand: Im Regionalpark RheinMain gibt es bereits 550 km Regionalparkrouten mit 300 Erlebnispunkten und zwei Besucherportalen.

Podiumsgespräch Wie kommen wir zu mehr Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg?

Zum Abschluss des Stadtforums diskutierten die beiden Politikerinnen aus Berlin und

Brandenburg gemeinsam mit Karsten Knobbe, dem Bürgermeister einer Umlandgemeinde, und Rainer Hölmer, einem Berliner Bezirksstadtrat, über das *Kommunale Nachbarschaftsforum* und andere Formate länderübergreifender Zusammenarbeit. Moderiert wurde das Gespräch von Matthias von Popowski von der Geschäftsstelle des *Kommunalen Nachbarschaftsforums* und der *Complan Kommunalberatung*.

Ministerin Kathrin Schneider machte deutlich, dass es im Flächenland Brandenburg auch andere Interessen gibt als in Berlin-Mitte, „aber gemeinsames Ausdiskutieren und Handeln bringt uns besser voran. Wir müssen die Region als eine gemeinsame Region zum Leben, zum Wohnen und Arbeiten betrachten.“

Rainer Hölmer, Bezirksstadtrat für Bauen, Stadtentwicklung

„Wir müssen die Region als eine gemeinsame Region zum Leben, zum Wohnen und Arbeiten betrachten.“ *Kathrin Schneider*

Rückblick

und öffentliche Ordnung in Trepow-Köpenick, betonte, dass sowohl eine tragfähige organisatorische Struktur als auch gute Projekte einer funktionierenden Kooperation förderlich seien: Er plädierte dafür, die „Durchschlagskraft“ im *Kommunalen Nachbarschaftsforum* weiter zu stärken. Das Bündnis aus Brandenburger Städten und Gemeinden sowie Berliner Bezirken arbeite auf freiwilliger Basis zusammen, einen höheren Institutionalisierungsgrads halte er nicht für nötig.

Hölmer unterstrich die Bedeutung von konkreter Projektarbeit, etwa der Einrichtung einer gemeinsamen Feuerwehr oder von Kitas und Schulen, die von Kindern diesseits und jenseits der Landesgrenze besucht werden können. Der Bürgermeister von Hoppegarten, Karsten Knobbe, sprach sich dafür aus, dass Brandenburger Kommunen in der Übernahme von Trägerschaften länderüber-

greifender Projekte eine stärkere Rolle spielen sollten, sodass die Zusammenarbeit mehr ist als bloßer Informationsaustausch. Hölmer und Knobbe betonten, es sei wichtig, dass sich Bezirke und Umlandgemeinden „auf Augenhöhe“ begegnen. Dem hielt Katrin Lompscher deutliche „Asymmetrien“ auf Ebene der Verwaltungsstrukturen und der Einwohnerzahlen von Bezirken mit 240.000 und Gemeinden mit 2.400 Einwohnerinnen und Einwohnern entgegen.

„Auch wenn man Augenhöhe verabredet, gehen die Asymmetrien ja nicht weg.“ Es sei schwierig, hier Verbindlichkeit herzustellen. „Deshalb müssen wir über Projekte verbindliche Entscheidungen herstellen“, so Lompscher.

Die Senatorin empfahl die Übernahme von Arbeitsweisen wie „Y-Vermerken“ wie in der Gemeinsamen Landesplanung:

Rückblick

„Da geht dann ein Vorgang sowohl zu Frau Schneider in Brandenburg als auch zu mir nach Berlin. So könnten es benachbarte Gemeinden und Bezirke auch machen, wenn sie einen Radweg oder eine Kita planen, ihnen aber das Geld fehlt. Dann müssten sie sich an die jeweilige Landesebene wenden.“ Dort könne man darüber reden, wie das Projekt finanziert werde. In ihrem Schlusswort kündigte Lompscher an, bei der kommenden gemeinsamen Kabinettsitzung entsprechende Eckpunkte zu formulieren.

Vorbild könnte das *Sondervermögen Infrastruktur für die wachsende Stadt und Nachhaltigkeit (SIWANA)* sein, aus dem Berlin unterstützende Maßnahmen für den Wohnungsbau bezahlt. „Über so einen Fonds könnte man auch länderübergreifende Projekte mitfinanzieren.“

Zum Abschluss der Veranstaltung dankte Moderatorin Dr. Cordelia Polinna allen Beteiligten für die spannenden Diskussionen und die vielfältigen Anregungen für eine noch bessere Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg.





Herausgeber

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
www.stadtentwicklung.berlin.de

Inhalte und Bearbeitung

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
Referat Stadtentwicklungsplanung
Thorsten Tonndorf, Referatsleiter Stadtentwicklungsplanung
Elke Plate, Projektleitung
Anja Zahn, Projektteam
Silke Robel, Projektteam

Durchführung und Dokumentation

Urban Catalyst GmbH
Dr. Cordelia Polinna, Sarah Oßwald, Luca Mulé
Glogauer Straße 6, 10999 Berlin
E-Mail: stadtforum@urbancatalyst-studio.de

büro frauns kommunikation | planung | marketing
Elke Frauns
Schorlemerstraße 4, 48143 Münster
E-Mail: info@buerofrauns.de

Text

Rainer Müller, TextUrban Redaktionsbüro, Hamburg

Bildnachweis

Alle Fotos: Till Budde, © Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
Grafik: Tom Unverzagt

Berlin, November 2018